

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung über die Beschwerdekommision bei Gemeinderatswahlen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, Artikel L4146-9 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2016;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

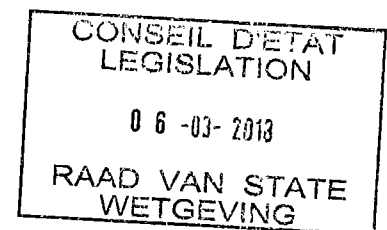
Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

**KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN****Abschnitt 1 - Anwendungsbereich**

Artikel 1 - Die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses sind auf alle Beschwerden anwendbar, die bei der gemäß Artikel L4146-5 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, hiernach „Kodex“ genannt, eingerichteten Beschwerdekommision eingereicht werden.

Abschnitt 2 - Einrichtung der Beschwerdekommision

Art. 2 - Die Beschwerdekommision wird mit Sitz im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Gospertstraße 1 in 4700 Eupen, eingerichtet.

Art. 3 - Die Beschwerdekommision erstellt eine Geschäftsordnung und legt sie der Regierung zur Genehmigung vor.

A large, stylized handwritten signature in black ink, located in the bottom right corner of the page.

Art. 4 - Die Mitglieder der Beschwerdekommision haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL 2 - BESCHWERDEVERFAHREN

Abschnitt 1 – Gültigkeitserklärung der Gemeinderatswahlen

Art. 5 - Gemäß Artikel L4146-8 §1 Absatz 1 des Kodex müssen Beschwerden zur Vermeidung des Verfalls innerhalb von zehn Tagen nach Erstellung des Protokolls des Wahlergebnisses, so wie es gemäß Artikel L4146-4 des Kodex durch den Gemeindevorstand verkündet worden ist, eingeleitet werden.

Art. 6 - Die Beschwerde muss schriftlich in Form einer datierten Antragschrift eingelegt werden, die folgende Angaben enthält:

1. die Personalien und den Wohnsitz des Beschwerdeführers,
2. Gegenstand der Beschwerde und Darlegung des Sachverhalts und der Klagegründe,
3. Name und Sitz der Gegenpartei.

Die antragstellende Partei fügt ihrer Beschwerde eine Abschrift des beanstandeten Protokolls bei.

Art. 7 - Gemäß Artikel L4146-8 §1 Absatz 2 des Kodex wird die Antragschrift der Beschwerdekommision per Einschreiben übermittelt oder erfolgt durch Hinterlegung gegen Empfangsbestätigung.

Art. 8 - Der Vorsitzende der Beschwerdekommision übermittelt den anderen Parteien unverzüglich eine Kopie der Antragschrift.

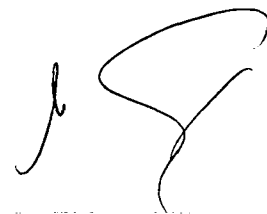
Diese verfügen über zehn Tage, um der Beschwerdekommision einen Schriftsatz zu übermitteln.

Der Vorsitzende der Beschwerdekommision teilt den Parteien mit, an welchen Tagen und zu welchen Uhrzeiten sie die Akte einsehen können. Er übermittelt der antragstellenden Partei unverzüglich die Erwiderungsschriftsätze. Er notifiziert den Parteien das Datum der öffentlichen Sitzung.

Art. 9 - Gemäß Artikel L4146-10 des Kodex erfolgen die von einem Mitglied der Beschwerdekommision vorgenommene Darstellung der Sache und die Verkündung der Beschlüsse in öffentlicher Sitzung. Der Beschluss ist zur Vermeidung der Nichtigkeit mit Gründen versehen und gibt die Namen des Berichtstatters und der anwesenden Mitglieder an.

Art. 10 - Gemäß Artikel L4146-12 §1 des Kodex entscheidet die Beschwerdekommision in der Sache innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab dem Datum des Erhalts der Antragschrift.

Art. 11 - Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels L4146-14 des Kodex notifiziert die Beschwerdekommision gemäß Artikel L4146-13 des Kodex ihren Beschluss oder das Ausbleiben eines Beschlusses innerhalb der vorgeschriebenen Frist binnen drei Tagen per Einschreiben dem Gemeinderat und dem Beschwerdeführer.



Abschnitt 2 – Kontrolle der Wahlausgaben

Art. 12 - Die Bestimmungen des Abschnitts 1 sind entsprechend auf die Beschwerden anwendbar, die gemäß Artikel L4146-29 des Kodex bei der Beschwerdekommision eingereicht werden.

KAPITEL 3 - UNTERSUCHUNG

Abschnitt 1 - Untersuchungsmaßnahmen

Art. 13 - Die Beschwerdekommision oder die Person, die sie unter ihren Mitgliedern bestimmt, kann einen direkten Schriftwechsel mit allen Behörden führen und alle zweckdienlichen Auskünfte bei ihnen einholen.

Sie hat das Recht, sich von den Verwaltungsbehörden alle Unterlagen übermitteln zu lassen.

Sie kann von den Parteien und ihren Rechtsbeiständen jegliche zusätzliche Erläuterungen verlangen.

Art. 14 - Die Beschwerdekommision oder die Person, die sie unter ihren Mitgliedern bestimmt, kann die Parteien und alle anderen Personen anhören.

Das Anhörungsprotokoll wird vom Vorsitzenden der Beschwerdekommision und von der angehörten Person unterzeichnet.

Art. 15 - Die Beschwerdekommision oder die Person, die sie unter ihren Mitgliedern bestimmt, kann vor Ort alle Feststellungen machen.

Die Parteien und ihre Rechtsbeistände werden hierbei vorgeladen.

Abschnitt 2 - Zeugenvernehmung in der Sitzung

Art. 16 - Im Falle einer Zeugenvernehmung in der Sitzung werden die Parteien und ihre Rechtsbeistände vorgeladen.

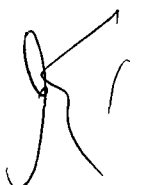
Das Vernehmungsprotokoll wird vom Vorsitzenden der Beschwerdekommision und von der vernommenen Person unterzeichnet.

KAPITEL 4 - ZWISCHENSTREITE

Abschnitt 1 - Fälschungsklage

Art. 17 - Wenn eine Partei eine Fälschungsklage gegen ein vorgelegtes Schriftstück anstrengt, fordert die Beschwerdekommision die Partei auf, die es vorgelegt hat, unverzüglich zu erklären, ob sie darauf besteht, davon Gebrauch zu machen.

Wenn die Partei dieser Aufforderung nicht nachkommt oder erklärt, von dem Schriftstück keinen Gebrauch machen zu wollen, wird es verworfen.



Wenn sie erklärt, davon Gebrauch machen zu wollen, und das Schriftstück für die Lösung der Streitsache von wesentlicher Bedeutung ist, setzt die Beschwerdekommision das Verfahren aus, bis das zuständige Gericht über die Fälschungsklage entschieden hat. Wenn die Streitsache bei keinem Gericht anhängig gemacht worden ist, entscheidet die Beschwerdekommision über die Beweiskraft des Schriftstückes.

Wenn eine Entscheidung herbeigeführt werden kann, ohne das Schriftstück zu berücksichtigen, gegen das eine Fälschungsklage angestrengt worden ist, wird das Verfahren fortgesetzt.

Abschnitt 2 - Beitritt

Art. 18 - Wer ein Interesse an der Lösung der Streitsache hat, kann dem Verfahren beitreten.

Die Parteien können zum Beitritt die Personen auffordern, deren Anwesenheit sie für die Sache als erforderlich erachten.

Die Beschwerdekommision kann jeder Person, die ein Interesse an der Sache hat, die Beschwerde mitteilen.

Art. 19 - Die Beitrittsklage wird vor Schließung der Verhandlung im Wege einer gemäß Artikel 6 verfassten Antragschrift erhoben.

In der Antragschrift werden darüber hinaus die Gründe für den Beitritt angegeben.

Art. 20 - Die Beschwerdekommision entscheidet unverzüglich über die Zulässigkeit der Antragschrift.

Der Vorsitzende der Beschwerdekommision notifiziert den Parteien, der beitretenden Person oder den zum Beitritt aufgeforderten Dritten die Entscheidung.

Der Beitritt darf die Entscheidung in der Sache nicht verzögern.

Abschnitt 3 - Verfahrensübernahme

Art. 21 - Wenn vor Schließung der Verhandlung eine der Parteien stirbt, gibt es Anlass zu einer Verfahrensübernahme.

Außer im Dringlichkeitsfall wird das Verfahren während einer Frist von drei Monaten und vierzig Tagen ausgesetzt, die den Erben gewährt wird, um das Inventar zu errichten und zu beraten.

Die Verfahrensübernahme muss spätestens binnen acht Tagen nach Ablauf dieser Frist erfolgen.

Art. 22 - Die Rechtsnachfolger des Verstorbenen übernehmen das Verfahren im Wege einer an die Beschwerdekommision gerichteten Antragschrift, die gemäß Artikel 6 verfasst wird.

Der Vorsitzende der Beschwerdekommision übermittelt den Parteien eine Kopie dieser Antragschrift.



Art. 23 - Nach Ablauf der Frist für die Errichtung des Inventars und die Beratung kann das Verfahren gegen die Rechtsnachfolger des Verstorbenen rechtsgültig übernommen werden im Wege einer Antragschrift, die gemäß Artikel 6 verfasst wird.

Art. 24 - In den anderen Fällen, in denen es zu einer Verfahrensübernahme Anlass gibt, erfolgt diese durch Erklärung bei der Beschwerdekommision.

Abschnitt 4 - Verfahrensrücknahme

Art. 25 - Bei ausdrücklichem Verzicht auf die Klage befindet die Beschwerdekommision unverzüglich über die Rücknahme.

Abschnitt 5 - Zusammenhang

Art. 26 - Wenn durch ein und dieselbe Entscheidung über mehrere Sachen befunden werden soll, kann der Vorsitzende der Beschwerdekommision ihre Verbindung entweder von Amts wegen oder auf Ersuchen der Parteien anordnen.

Er notifiziert den Parteien diese Anordnung.

Abschnitt 6 - Ablehnung

Art. 27 - Die Mitglieder der Beschwerdekommision können aus Gründen, die gemäß den Artikeln 828 und 830 des Gerichtsgesetzbuches Anlass zur Ablehnung geben, abgelehnt werden.

Jedes Mitglied der Beschwerdekommision, das von Ablehnungsgründen sich selbst gegenüber weiß, muss dies mitteilen. Die Beschwerdekommision entscheidet, ob das Mitglied sich der Sache enthalten muss.

Art. 28 - Wer ablehnen will, hat dies zu tun, sobald er vom Ablehnungsgrund Kenntnis hat.

Art. 29 - Um die Ablehnung wird im Wege einer mit Gründen versehenen Antragschrift ersucht, die gemäß Artikel 6 verfasst wird.

Art. 30 - Nach Anhörung der ablehnenden Partei und des abgelehnten Mitglieds wird unverzüglich über die Ablehnung entschieden.

KAPITEL 5 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 31 - Im Anhang des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2016, wird folgende Nummer 5 eingeführt:

„5. Bereich Lokale Behörden

- Beschwerdekommision bei Gemeinderatswahlen“

Art. 32 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.



Art. 33 - Der für lokale Behörden zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS



GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro de registre]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement relatif à la commission de réclamation lors d'élections communales

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le Code de la démocratie locale et de la décentralisation, l'article L4146-9, alinéa 2, inséré par le décret du 21 novembre 2016;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le ...;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le ...;

Vu l'avis n° du Conseil d'État, donné le , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} – Dispositions générales

Section 1^{re} – Champ d'application

Article 1^{er} – Les dispositions du présent arrêté s'appliquent à toutes les réclamations introduites auprès de la commission de réclamation instituée conformément à l'article L4146-5 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, dénommé ci-après « Code ».

Section 2 – Institution d'une commission de réclamation

Art. 2 – Il est institué une commission de réclamation dont le siège se situe au Ministère de la Communauté germanophone, Gospertstraße 1, 4700 Eupen.

Art. 3 – La commission de réclamation se dote d'un règlement d'ordre intérieur qu'elle soumet à l'approbation du Gouvernement.

Art. 4 – Les membres de la commission de réclamation ont droit à des jetons de présence et indemnités de déplacement conformément à l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de

déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone.

Chapitre 2 – Procédure de réclamation

Section 1^{re} – Déclaration de validité des élections communales

Art. 5 – Conformément à l'article L4146-8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du Code, les réclamations doivent être introduites, sous peine de nullité, dans les dix jours suivant l'établissement du procès-verbal des résultats électoraux, tel que rendu public par le bureau communal conformément à l'article L4146-4 du Code.

Art. 6 – La réclamation doit être introduite par écrit sous la forme d'une requête datée contenant :

- 1° l'identité et le domicile du requérant;
- 2° l'objet de la réclamation et un exposé des faits et des moyens;
- 3° les noms et siège de la partie adverse.

La partie requérante joint à sa réclamation une copie du procès-verbal incriminé.

Art. 7 – Conformément à l'article L4146-8, § 1^{er}, alinéa 2, du Code, l'envoi à la commission de réclamation de la requête est fait sous pli recommandé à la poste ou par le dépôt contre récépissé.

Art. 8 – Le président de la commission de réclamation transmet sans délai une copie de la requête aux parties.

Celles-ci ont dix jours pour transmettre un mémoire à la commission de réclamation.

Le président de la commission de réclamation informe les parties des jours et heures où elles peuvent consulter le dossier. Il transmet les mémoires en réponse sans délai à la partie requérante. Il notifie aux parties la date de l'audience publique.

Art. 9 – Conformément à l'article L4146-10 du Code, la présentation de l'affaire par un membre de la commission de réclamation et l'annonce des décisions se font en séance publique. À peine de nullité, la décision sera motivée et indiquera les noms du rapporteur et des membres présents.

Art. 10 – Conformément à l'article L4146-12, § 1^{er}, la commission de réclamation se prononce dans un délai de trente jours à dater de la réception de la requête.

Art. 11 – Sans préjudice des dispositions de l'article L4146-14 du Code et conformément à l'article L4146-13 dudit Code, la commission de réclamation notifie – dans les trois jours et par recommandé – au conseil communal et au requérant sa décision ou l'absence de décision dans le délai imparti.

Section 2 – Contrôle des dépenses électorales

Art. 12 – Les dispositions de la section 1^{re} sont applicables *mutatis mutandis* aux réclamations introduites auprès de la commission de réclamation conformément à l'article L4146-29 du Code.

Chapitre 3 – Instruction

Section 1^{re} – Mesures d'instruction

Art. 13 – La commission de réclamation ou celui de ses membres qu'elle désigne peut correspondre directement avec toutes les autorités et leur demander tous renseignements utiles.

Ils ont le droit de se faire communiquer tous documents par les autorités administratives.

Ils peuvent réclamer aux parties et à leurs avocats toutes explications complémentaires.

Art. 14 – La commission de réclamation ou celui de ses membres qu'elle désigne peut entendre les parties et toutes autres personnes.

Le procès-verbal de l'audition est signé par le président de la commission de réclamation et la personne entendue.

Art. 15 – La commission de réclamation ou celui de ses membres qu'elle désigne peut procéder sur les lieux à toutes constatations.

Les parties et leurs avocats sont convoqués.

Section 2 – Audition de témoins à l'audience

Art. 16 – En cas d'audition de témoins à l'audience, les parties et leurs avocats sont convoqués.

Le procès-verbal de l'audition est signé par le président de la commission de réclamation et la personne entendue.

Chapitre 4 – Incidents

Section 1^{re} – Inscription de faux

Art. 17 – Dans le cas où une partie s'inscrit en faux contre une pièce produite, la commission de réclamation invite la partie qui l'a produite à déclarer sans délai si elle persiste dans son intention de s'en servir.

Si la partie ne satisfait pas à cette demande ou si elle déclare qu'elle n'entend pas se servir de la pièce, celle-ci est rejetée.

Si elle déclare vouloir s'en servir et que la pièce soit essentielle pour la solution du litige, la commission de réclamation sursoit à statuer jusqu'après le jugement de faux par la juridiction compétente. Si aucune juridiction n'a été saisie de la question, la commission de réclamation apprécie la force probante de la pièce.

S'il peut être statué sans tenir compte de la pièce arguée de faux, il est passé outre.

Section 2 – Intervention

Art. 18 – Ceux qui ont intérêt à la solution de l'affaire peuvent y intervenir.

Les parties peuvent appeler en intervention ceux dont elles estiment la présence nécessaire à la cause.

La commission de réclamation peut communiquer la réclamation à toute personne dont les intérêts sont mis en cause.

Art. 19 – La demande en intervention est formée, avant la clôture des débats, par requête rédigée conformément à l'article 6.

La requête indique, en outre, les raisons de l'intervention.

Art. 20 – La commission de réclamation statue sans délai sur la recevabilité de la requête.

Le président de la chambre de réclamation notifie la décision aux parties, à l'intervenant ou aux tiers appelés en intervention.

L'intervention ne peut retarder la décision de l'affaire.

Section 3 – Reprise d'instance

Art. 21 – Si, avant la clôture des débats, l'une des parties vient à décéder, il y a lieu à reprise d'instance.

Hormis le cas d'urgence, la procédure est suspendue pendant le délai de trois mois et quarante jours accordé aux héritiers pour faire inventaire et délibérer.

La reprise d'instance doit se faire, au plus tard, dans les huit jours qui suivent l'expiration de ce délai.

Art. 22 – Les ayants droit du défunt reprennent l'instance par requête adressée à la commission de réclamation, rédigée conformément à l'article 6.

Le président de la commission de réclamation transmet une copie de cette requête aux parties.

Art. 23 – Après l'expiration du délai pour faire inventaire et délibérer, la procédure est valablement reprise contre les ayants droit du défunt, par requête rédigée conformément à l'article 6.

Art. 24 – Dans les autres cas où il y a lieu à reprise d'instance, celle-ci se fait par déclaration à la commission de réclamation.

Section 4 – Désistement

Art. 25 – Lorsqu'il y a renonciation expresse à la demande, la commission de réclamation se prononce sans délai sur le désistement.

Section 5 – Connexité

Art. 26 – S'il y a lieu de statuer par une seule et même décision sur plusieurs affaires, le président de la commission de réclamation peut ordonner leur jonction, soit d'office, soit à la demande des parties.

Il notifie cette ordonnance aux parties.

Section 6 – Récusation

Art. 27 – Les membres de la commission de réclamation peuvent être récusés pour les causes qui donnent lieu à récusation aux termes des articles 828 et 830 du Code judiciaire.

Tout membre de la chambre de réclamation qui sait cause de récusation en sa personne est tenu de la déclarer. La chambre de réclamation décide s'il doit s'abstenir.

Art. 28 – Celui qui veut récuser doit le faire dès qu'il a connaissance de la cause de récusation.

Art. 29 – La récusation est proposée par requête motivée, rédigée conformément à l'article 6.

Art. 30 – Il est statué sans délai sur la récusation, le récusant et le membre récusé entendus.

Chapitre 5 – Dispositions finales

Art. 31 – L'annexe de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone, modifiée en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2016, est complétée par un 5° rédigé comme suit :

- « 5° Secteur des Pouvoirs locaux
- commission de réclamation lors d'élections communales ».

Art. 32 – Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 33 – Le ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS